

Anfragen: Junisession 2016

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei (STA)			
5	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Feiert der Kanton Bern seinen 825. Geburtstag?	3
Finanzdirektion FIN			
11	Köpfli (Bern, glp)	Besteuerung von Startups im Kanton Bern	4
Erziehungsdirektion ERZ			
13	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Wer zahlt die Projekte von Bildung und Kultur?	5
Polizei- und Militärdirektion POM			
4	Fischer (Meiringen, SVP)	Geeignete Asyl-Unterkunft in der Einwohnergemeinde Meiringen	6
6	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wie steht die Jeremias-Gotthelf-Stiftung finanziell da?	7
7	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Reisten Eritreer an ihrem Nationalfeiertag, dem 24.5., in ihr Heimatland?	8
8	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Hat zwischen GEF und POM eine Absprache betreffend die Nutzung des Jugendheims Prêles stattgefunden?	9
14	Rudin (Lyss, glp) Junker Burkhard (Lyss, SP)	Asylzentren in Lyss	10
15	Köpfli (Bern, glp)	Erhielt die freigestellte Leiterin des Migrationsdienstes eine Abgangsentschädigung?	11
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
2	Zuber (Moutier, PSA)	Wollen die SBB Reisende davon abbringen, die Linie Solothurn-Moutier zu benutzen?	12
9	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Was kosten neue Mehrsystemlokomotiven von BLS Cargo?	13
10	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Beteiligung der BKW am Windpark Fosen Vind DA in Trondheim in Norwegen	14
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
12	Aeschlimann (Burgdorf, EVP)	Bearbeitungstau im ALBA	15
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
3	Fuchs (Bern, SVP)	Wieso werden gesunde Rehkitze im Kanton Bern erschossen?	16



Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

1 Hirschi (Moutier, PSA)

Ist Regierungsstatthalter Marti beim Gemein- 17
defusionsprojekt Grand-Val unparteiisch?

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 25.05.2016

Eingereicht von: Krähenbühl
(Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: STA

Feiert der Kanton Bern seinen 825. Geburtstag?

1191 gründete Herzog Berchtold V. von Zähringen die Stadt Bern. Das schrieb Diebold Schilling in seiner Berner Chronik Ende des 15. Jahrhunderts. Er stützte sich dabei auf ältere Urkunden und Chroniken wie etwa auf die von Konrad Justinger. Seither gilt 1191 als Gründungsjahr des Stadtstaats Bern. Staatsrechtlich gesehen ist der Kanton Bern Rechtsnachfolger des Alten Berns. Demnach ist der Kanton Bern 2016 genau 825 Jahre alt.

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat die Frage diskutiert, ob – und allenfalls wie – das 825-Jahr-Jubiläum Berns gefeiert oder sonst in irgendeiner Form thematisiert werden soll?
2. Sind irgendwelche Aktivitäten, Feiern oder ähnliches zu diesem Jubiläum geplant?
3. Wenn Nein, warum nicht?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: FIN

Besteuerung von Startups im Kanton Bern

In letzter Zeit hat die Besteuerung von Startup-Unternehmen für einige Diskussionen gesorgt. Beispielsweise kennt der Kanton Zürich eine Steuerpraxis, die sowohl für Gründer als auch für Investoren zu teilweise enorm hohen Vermögenssteuern führt, obwohl die Startup-Unternehmung meist noch keine oder kaum Gewinne erwirtschaftet hat.

Inzwischen hat der Kanton Zürich diese Praxis teilweise angepasst, gleichzeitig in den Medien aber angekündigt, über die Schweizerische Steuerkonferenz Druck auf andere Kantone zu machen, damit diese ihre Steuerpraxis ebenfalls anpassen (vgl. u. a. NZZ-Artikel vom 1.3.2016 «Umstrittene Steuerpraxis wird angepasst»).

Für den Kanton Bern ist es zentral, dass er für Startup-Unternehmen attraktiv bleibt. Statt auf Druck anderer Kantone Verschärfungen vorzunehmen, sollten die Rahmenbedingungen mit der neuen Steuerstrategie möglichst noch verbessert werden.

Fragen:

1. Wie ist die Vermögenssteuer von Startup-Gründern und -Inhabern im Kanton Bern aktuell ausgestaltet?
2. Kann der Regierungsrat ausschliessen, dass es im Kanton Bern zu ähnlich überhöhten Vermögenssteuern für Startups kommt wie im Kanton Zürich?
3. Plant der Regierungsrat Veränderungen/Verbesserungen bei den Steuerbedingungen für Startups im Kanton Bern?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: ERZ

Wer zahlt die Projekte von Bildung und Kultur?

Aus dem Kulturförderungsfonds wurden befristete Stellen für die Verwaltung der Projekte Bildung und Kultur in der Schule bezahlt. Die Organisation von Tanz-/Theaterprojekten usw., die von Profis angeboten werden, benötigen einen grossen Aufwand in der ERZ, aber auch in den Schulen. Da die Versuchsphase abgeschlossen ist, kann auch der Lotteriefonds nicht mehr weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Fragen:

1. Wie werden die Stellen für dieses Projekt weiter finanziert?
2. Wie hoch sind die Kosten für die Verwaltung und wie hoch ist der Stundenlohn für die Leiter/-innen solcher «Kulturprojekte»?
3. Wie hoch sind die gesamten Ausgaben pro Jahr für wie viele Schulklassen?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 24.05.2016

Eingereicht von: Fischer (Meiringen, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: POM

Geeignete Asyl-Unterkunft in der Einwohnergemeinde Meiringen

Aufgrund der massiven Zuweisungen von Flüchtlingen ist der Kanton Bern dringendst auf weitere Unterbringungsmöglichkeiten angewiesen. Zu diesem Zweck fanden in Meiringen, unter der Federführung des Regierungsstatthalters entsprechende Abklärungs- und Koordinationssitzungen statt.

In diesem Zusammenhang wurde seitens der Einwohnergemeinde Meiringen das frühere Trp-Lager Balmweid (heute in Privatbesitz) als möglicher, idealer Standort vorgeschlagen.

Der Regierungsstatthalter hat diesen Vorschlag kategorisch abgelehnt, mit der Begründung, dass die Lage der Unterkunft nicht zonenkonform sei und es nur mit einer Gesetzesänderung möglich wäre, diesen idealen Standort für eine Asyl-Unterkunft zu nutzen.

Fragen:

1. Welche(s) Gesetz(e) müsste(n) geändert werden, damit das Trp-Lager Balm für eine Asyl-Unterkunft genutzt werden könnte?
2. Wie lange würde so ein Gesetzesprozess dauern?
3. Welche Möglichkeiten stehen dem Regierungsrat zur Verfügung, dass das Trp-Lager Balm auch ohne Gesetzesänderung oder Gesetzesanpassung für eine Asyl-Unterkunft genutzt werden könnte?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 26.05.2016

Eingereicht von: Krähenbühl
(Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: POM

Wie steht die Jeremias-Gotthelf-Stiftung finanziell da?

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat vor 10 Jahren einen Beitrag von 9,5 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds als Anstossfinanzierung für die Gründung einer Gotthelf-Stiftung zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Die zu gründende Stiftung soll sich mit der Erforschung, Förderung und Veröffentlichung des literarischen und theologischen Werks des Pfarrers und Schriftstellers Jeremias Gotthelf befassen und von Organisationen, die einen besonderen Bezug zu Jeremias Gotthelf aufweisen, getragen werden.

2014 wurde bekannt, dass die Finanzierung des gigantischen Projekts Schwierigkeiten bereitet. Ein Grund ist eine geänderte Förderpolitik des Nationalfonds. Ein anderer Grund ist offenbar, dass die Kosten, die ursprünglich auf 12 Millionen veranschlagt wurden, aus dem Ruder laufen, namentlich die wissenschaftliche Aufarbeitung des literarischen Werks des Emmentaler Dichters. Deshalb sollen private Sponsoren gefunden werden. Ob aber Sponsoren gefunden wurden, die für die Zusatzkosten oder zumindest für einen Teil davon gerade stehen, ist bisher nicht bekannt.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass die Kosten für das Projekt deutlich höher liegen als 12 Millionen Franken?
2. Trifft es zu, dass die Kosten neu wohl gegen 30 Millionen betragen?
3. Gedenkt der Regierungsrat, sich an den Zusatzkosten finanziell zu beteiligen?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 29.05.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: POM

Reisten Eritreer an ihrem Nationalfeiertag, dem 24.5., in ihr Heimatland?

Seit 1991, also seit 25 Jahren, ist Eritrea ein unabhängiges Land und feiert jeweils am 24. Mai seinen Nationalfeiertag. Angeblich reisen seit Jahren Eritreer, die in Europa Asyl beantragt haben, für diese Feier in ihr Heimatland zurück. Dies obschon sie aussagen, dort verfolgt zu werden.

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von solchen Reisen von im Kanton Bern registrierten Personen?
2. Welche Sanktionen müssen diese in ihrem Land angeblich Verfolgten erwarten?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 29.05.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: POM

Hat zwischen GEF und POM eine Absprache betreffend die Nutzung des Jugendheims Prêles stattgefunden?

Erst 2012 wurde meines Wissens das Jugendheim Prêles für 38 Mio. Franken ausgebaut. Auch war es so eingerichtet, dass Jugendliche verschiedenste Berufe erlernen konnten. Diese Infrastrukturen wären sehr geeignet gewesen, um dort eine Drogenrehabilitationsinstitution einzurichten. Auch das Personal hätte damit weiter beschäftigt werden können. Eine Zusammenarbeit mit dem Bund, der ein Defizit bei der Säule Therapie aufweist, hätte zu einer Win-win-Situation führen können. Nun konnte gelesen werden, dass in Prêles bereits die Bagger aufgefahren seien und Unterkünfte für Asylsuchende entstehen sollen.

Fragen:

1. Haben sich die POM und die GEF mit der Alternative einer Drogenrehabilitationsinstitution, wie sie in einer Interpellation vorgeschlagen wurde, auseinandergesetzt und entsprechende Abklärungen gemacht?
2. Trifft es zu, dass bereits bauliche Änderungen vorgenommen werden und die Nutzung für Asylsuchende eine beschlossene Sache ist?
3. Wer hat diese Massnahmen und die Umnutzung beschlossen?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Rudin (Lyss, glp) (Sprecher/in)
Junker Burkhard (Lyss, SP)

Beantwortet durch: POM

Asylzentren in Lyss

Zurzeit hat Lyss ein Durchgangszentrum, das in der Bevölkerung gut akzeptiert ist. Die Frage, die sich jedoch stellt, ist, ob dieses ausgebaut und zusätzlich ein Bundeszentrum gebaut wird. Deshalb soll der Regierungsrat aufzeigen, wie sich die Situation in Lyss betreffend Durchgangszentrum und Kaserne aus seiner Sicht entwickeln soll.

Fragen:

1. Welche Kompetenzen und welchen Einfluss hat der Regierungsrat bei der Realisierung eines Bundesasylzentrums auf Lysser Boden?
2. Welche Absichten hat der Regierungsrat hinsichtlich des Durchgangszentrums in Lyss auf Kappeler Boden?
3. Will der Regierungsrat, dass in Lyss sowohl ein Bundesasylzentrum (Kaserne) als auch ein Asylzentrum (Kappeler Boden) entstehen und somit die ganze Last dort zentralisiert wird?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: POM

Erhielt die freigestellte Leiterin des Migrationsdienstes eine Abgangsentschädigung?

Im vergangenen März wurde die Leiterin des Migrationsdienstes gemäss zuständigem Regierungsrat Hans-Jürg Käser «ab sofort freigestellt». Weitere Gründe wurden nicht angefügt, auch nicht über eine mögliche Abgangsentschädigung.

Fragen:

1. Wie hoch ist die Abgangsentschädigung, die der freigestellten Leiterin des kantonalen Migrationsdienstes ausgerichtet wurde?
2. War diese gesetzlich zwingend vorgegeben oder wurde eine grosszügigere Abgangsentschädigung bestimmt?
3. Falls eine grosszügigere Abgangsentschädigung bestimmt wurde, wie wird sie begründet?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 15.04.2016

Eingereicht von: Zuber (Moutier, PSA) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: BVE

Wollen die SBB Reisende davon abbringen, die Linie Solothurn-Moutier zu benutzen?

Die betroffenen Regionen, die Regionale Verkehrskonferenz, der Bernjurassische Rat, die Deputation, die Gemeindebehörden usw. machen sich für die Erhaltung der Bahnlinie Moutier-Solothurn und die Sanierung des Weissenstein-Tunnels stark. Sie alle rufen zur Nutzung dieser Linie auf, um sie attraktiver zu machen und sie besser auszulasten.

Es scheint allerdings, dass sich die SBB-Politik in diesem Fall gegen alle Bemühungen der Befürworter dieser Linie richtet. Folgende Berichte sind bei uns eingegangen:

- *«Im September 2014 wollte ich am SBB-Schalter im Bahnhof Moutier ein Gruppenbillett für zwölf Personen nach Alpnachstad (Pilatus) und zurück kaufen. Zu meiner grossen Verwunderung stellten mir die SBB ein Billett via Basel aus. Auf meine Bitte hin wurde die Strecke via Solothurn geändert. Und dies zu einem tieferen Preis als via Basel. Auf meine Nachfrage antwortete die diensthabende Person, dass wir via Basel einmal weniger hätten umsteigen müssen!»*
- *«Nach einer Flugreise wollte ich am Bahnhof des Flughafens Zürich-Kloten ein Zugbillett nach Court kaufen. Das Billett wurde via Olten-Biel-Moutier ausgestellt. Ich musste darauf bestehen, dass ich via Solothurn-Oberdorf-Moutier reisen wollte, was erst noch billiger war. Ich wollte wissen, warum dies so ist, worauf der SBB-Angestellte antwortete, das System sei so programmiert.»*

Glaubt man diesen Aussagen, sieht es ganz danach aus, als würden die SBB die Reisenden systematisch über andere Strecken als über die Linie Moutier-Solothurn schicken.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat diese Praxis bzw. dieser Umleitungsmechanismus, der zur Folge hat, dass eine bedrohte regionale Bahnlinie noch weniger ausgelastet wird, bekannt?
2. Wird die Regierung bei den SBB intervenieren, damit diese Methoden sofort eingestellt werden und damit die Kundinnen und Kunden korrekt in ihrem Interesse sowie im Interesse der betroffenen Bahnlinie informiert werden?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Krähenbühl
(Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: BVE

Was kosten neue Mehrsystemlokomotiven von BLS Cargo?

Ende März 2015 bestellte BLS Cargo 15 Mehrsystemlokomotiven des Typs Vectron MS bei Siemens. Ende April 2016 übernahm BLS Cargo die ersten zwei Vectron-Mehrsystemlokomotiven von Siemens, die erstmals Züge ohne Lokwechsel von Holland nach Italien führen können. Die sogenannten DACHINL-Mehrsystemlokomotiven ermöglichen mit den Traktions- und Zugsicherungssystemen die Fahrt in den Ländern Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien und Holland.

Fragen:

1. Wie hoch ist der Stückpreis pro Lokomotive?
2. Hat die BLS eine öffentliche Ausschreibung über die Anschaffung dieser 15 Mehrsystemlokomotiven durchgeführt?
3. Wenn nein, warum nicht?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Krähenbühl
(Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: BVE

Beteiligung der BKW am Windpark Fosen Vind DA in Trondheim in Norwegen

Die mehrheitlich in Kantonsbesitz befindliche BKW AG hat zusammen mit vier institutionellen Anlegern einen Anteil von 40 Prozent am Windpark Fosen Vind DA in Trondheim in Norwegen übernommen. Sie stellt dafür gemäss Medienberichten Eigenkapital im höheren zweistelligen Millionenbereich bereit. Genauer wird der Betrag allerdings nicht beziffert.

Fragen:

1. Wie hoch ist die Beteiligung der BKW am Windpark Fosen Vind DA genau (in Millionen Franken)?
2. Finanziert die BKW die Beteiligung mit Fremdkapital?
3. Ist die BKW auch bereit, in ähnlichem Umfang in einheimische Windparks zu investieren?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 30.05.2016

Eingereicht von: Aeschlimann
(Burgdorf, EVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: GEF

Bearbeitungsstau im ALBA

Mehrere Institutionen, die Jugendliche betreuen und/oder beherbergen, weisen einen dringenden Sanierungsbedarf bei ihren Immobilien auf. Obwohl der Bedarf seitens der GEF unbestritten ist und die eingereichten Gesuche und Anträge vorbesprochen und vollständig eingereicht wurden, weiss ich von betroffenen Institutionen, die teilweise seit Jahren auf eine Antwort warten.

Fragen:

1. Warum ist das ALBA nicht in der Lage, innert nützlicher Frist seinen Aufgaben und Pflichten im Baubereich nachzukommen?
2. Was gedenkt der Kanton zu unternehmen, um diese Defizite schnellstmöglich zu beheben, damit die Institutionen die notwendige Planungssicherheit erhalten und die Sanierungsmassnahmen umsetzen können?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 20.05.2016

Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: VOL

Wieso werden gesunde Rehkitze im Kanton Bern erschossen?

Im Mai und Juni wird wieder mit dem Mähen der Futtergraswiesen begonnen. Während dieser Zeit werden jährlich viele Rehkitze Opfer von Mähmaschinen. Rehkitze haben das angeborene Verhalten, sich in den ersten Lebenswochen bei Gefahr im hohen Gras zu ducken. Deshalb können sie oft nicht früh genug entdeckt werden. Es gibt aber verschiedene Möglichkeiten und Massnahmen solche Mähverluste zu verhindern oder zu vermindern. Moderne Methoden der Rehkitz-Rettung setzen auf Flugdrohnen und Infrarotortung. Verschiedene Kantone sind in der Kitzrettung sehr aktiv.

Im Kanton Bern scheint man dies noch nicht begriffen zu haben. Dem Vernehmen nach wurden in den letzten Wochen gesunde Rehkitze durch Wildhüter erschossen, weil dies so aus Spargründen «von oben» angeordnet wurde.

Fragen:

1. Wie ist es erklärbar, dass gesunde Rehkitze im Kanton Bern von Wildhütern erschossen wurden?
2. Ist der Regierungsrat bereit, hier andere Lösungen zu suchen (z. B. via Tierstation Landshut, mit dem Ziel, die Rehkitze später wieder auszuwildern)?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 22.03.2016

Eingereicht von: Hirschi (Moutier, PSA) (Sprecher/in)

Beantwortet durch: JGK

Ist Regierungsstatthalter Marti beim Gemeindefusionsprojekt Grand-Val unparteiisch?

Ein Bürger von Crémines hat gegen eine Gemeindefusionsabstimmung im Grand-Val Beschwerde eingereicht.

Für die Behandlung dieser Beschwerde ist der Regierungsstatthalter des Berner Juras zuständig. Aus dem «Dictionnaire du Jura.ch» geht aber hervor, dass Regierungsstatthalter Jean-Philippe Marti Präsident der Steuerungsgruppe «Fusions dans la région de Moutier» war.

Marti, Jean-Philippe (1952-)

Né le 26 novembre 1952 à Moutier. Marié, père d'un enfant. Domicilié à Bévillard.

Ecole primaire à Bévillard, secondaire à Malleray puis Gymnase français de Bienne (maturité littéraire en 1971). Etudes de droit à l'Université de Berne. Brevet d'avocat du canton de Berne en 1978.

Après avoir été greffier de chambre à la Cour suprême du canton de Berne (1978-1980), durant cette période il est aussi remplaçant du Président du Tribunal du district de La Neuveville), il travaille comme attaché au Département fédéral de justice et police (1980-1992). Membre du parti socialiste, il est **préfet** du district de Moutier de 1993 à 2009.

Le 17 mai 2009, il est élu préfet du nouvel arrondissement formé des anciens districts de Moutier, La Neuveville et Courtelary dans le cadre de la réforme de l'administration cantonale qui doit entrer en vigueur en janvier 2010. Il est élu par 7682 voix contre 3533 pour l'UDC Claude Röthlisberger.

Président du conseil intercommunal du Grand Val. Président du Groupe de pilotage «Fusions dans la région de Moutier». Président du comité du Centre social protestant (CSP) Berne-Jura.

Der Regierungsstatthalter müsste sich aufgrund dieser früheren Funktion fragen, wie es um seine Unparteilichkeit steht, und einen Ausstand in Erwägung ziehen. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein, da er die Beschwerde ja untersucht. Ausserdem verschliesst er sogar die Augen vor einem frappanten Formmangel, der im Zusammenhang mit dieser Abstimmung in einer anderen Gemeinde (Corcelles) festgestellt wurde. Diese Unregelmässigkeit wird nach dem Urnengang sicherlich zu einer weiteren Beschwerde führen.

Fragen:

1. Müsste Jean-Philippe Marti in diesem Fall nicht in den Ausstand treten?
2. Warum tut der Regierungsstatthalter so, als kenne er die in Corcelles festgestellte Unregelmässigkeit nicht, obschon er doch Aufsichtsbehörde über die Gemeinden ist?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat